

Niederschrift

über die 9. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am Mittwoch, 16.11.2022 um 17:00 Uhr, im Bürgersaal des Bürgerhauses (Mittelstraße 40 in 40721 Hilden)

Anwesend waren:

Vorsitz

Herr Carsten Wannhof SPD

Stimmberechtigte Mitglieder gemäß § 4 Abs. 2 a) Satzung Amt für Jugend, Schule und Sport Hilden

Herr Fabian Filatov	CDU	
Herr Christian Schimang	CDU	
Herr Tristan Zeitter	CDU	
Frau Kimberly Lynn Bauer	SPD	
Frau Cornelia Geißler	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Annegret Gronemeyer	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Luca Gerbl	FDP	Vertretung für Yannick Hoppe

Beratende Mitglieder gemäß § 4 Abs. 3 der Satzung für das Amt für Jugend, Schule und Sport Hilden

Herr Oliver Kohl	Allianz für Hilden	Vertretung für Heike Richarz
------------------	--------------------	------------------------------

Stimmberechtigte Mitglieder gemäß § 4 Abs. 2 b) Satzung Amt für Jugend, Schule und Sport Hilden

Herr Siegfried Wagner	Paritätischer Wohlfahrtsverband	
Frau Ute Lipke	SKFM	
Frau Jutta Friesewinkel	Kinderschutzbund e.V.	Vertreterin für Frau Lichtenwimmer
Herr Michael Krambrock	Freizeitgemeinschaft Behinderte und Nichtbehinderte e.V.	
Frau Malin Schmidt	SPE Mühle	

Beratende Mitglieder gemäß § 4 Abs. 3 der Satzung für das Amt für Jugend, Schule und Sport Hilden

Herr Michael Hirsch-Herda	Jugendamtselternbeirat Hilden
Herr Jörg Koch	evangelischen Kirche
Herr Ilias Kenssi	Jugendparlament
Herr Ulrich Siedentop	BÜRGERAKTION
Herr Marco Martins Pereira	Vertreter Integrationsrat
Frau Sabine Anna Roth	Behindertenbeirat
Frau Susanne von der Heiden	Interessengemeinschaft Kindertagespflege (IGKTP)

Von der Verwaltung

Herr 1. Beigeordneter Sönke Eichner	Stadt Hilden
Frau Catharina Giesler	Stadt Hilden

Frau Andrea Nowak	Stadt Hilden
Frau Wibke Paas	Stadt Hilden
Herr Dirk Schatte	Stadt Hilden
Herr Wolfgang Strauhal	Stadt Hilden
Herr Friedhelm Topp	Stadt Hilden
Frau Anja Voß	Stadt Hilden
Frau Stefanie Walder	Stadt Hilden
Frau Sonja Weißer	Stadt Hilden
Frau Barbara Pahlke	Stadt Hilden

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- 1 Befangenheitserklärungen
- 2 Beschlusskontrolle JHA, Stand: September 2022
WP 20-25 SV 51/173
- 3 Sachstandsbericht Psychologische Beratung Präventionsarbeit 2022
WP 20-25 SV 51/157
- 4 Sachstandsmitteilung Soziale Dienste
WP 20-25 SV 51/164
- 5 Sachstandsbericht für die Fachdienste im Sachgebiet Soziale Dienste
WP 20-25 SV 51/159
- 6 Sachstandsbericht Obdachlosenangelegenheiten
WP 20-25 SV 51/161
- 7 Umsetzung der Vormundschaftsreform zum 01.01.2023
WP 20-25 SV 51/182
- 8 Neufassung des Kontraktes mit der Evangelischen Kirchengemeinde über den Betrieb der SonderBar
WP 20-25 SV 51/167
- 9 Neufassung des Kontraktes mit der SPE Mühle über den Betrieb des Jugendclubs
WP 20-25 SV 51/169
- 10 Neufassung des Kontraktes mit der Freizeitgemeinschaft Hilden über den Betrieb des Abenteuerspielplatzes
WP 20-25 SV 51/171
- 11 Bericht zur Weiterentwicklung des AREA 51 als offene Einrichtung der Kinder- und Jugendkulturarbeit
WP 20-25 SV 51/174

- 12 Anschaffung der BeratungsApp "Between the Lines" auf Antrag des Jugendparlamentes
WP 20-25 SV 51/175
- 13 Frühe Hilfen - Sachstand und Finanzierungsbedarf
WP 20-25 SV 51/177
- 14 Antrag zum Haushalt 2023 Bündnis 90/Die Grünen: Frühe Hilfen
WP 20-25 SV 51/187
- 15 Antrag zum Haushalt 2023 Bündnis 90/Die Grünen: Betreuungsplätze für behinderte Kinder unter 3 Jahren
WP 20-25 SV III/039
- 16 Antrag zum Haushalt 2023 Bündnis 90/Die Grünen: Ferienaktionen auch für Kinder mit Behinderungen
WP 20-25 SV 51/188
- 17 Antrag zum Haushalt 2023 Bündnis 90/Die Grünen: Jugendzentren im Hildener Osten und Westen
WP 20-25 SV III/022
- 18 Antrag zum Haushalt 2023 Allianz für Hilden: Antrag Bau einer BMX Strecke W2 Reisholzstraße
WP 20-25 SV 51/189
- 19 Antrag zum Haushalt 2023 IG KTP-Hilden e. V. : Antrag Energie u. Heizkosten.pdf
WP 20-25 SV 51/190
- 20 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
- 21 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Eröffnung der Sitzung

Herr Vorsitzender Wannhof eröffnete die Sitzung für den Jugendhilfeausschuss um 17:00 Uhr und stellte den ordnungsgemäßen Zugang der Sitzungsunterlagen fest.

Das stimmberechtigte Mitglied Michael Krambrock und das beratende Mitglied Susanne von der Heiden wurden durch den Vorsitzenden Wannhof verpflichtet.

Änderungen zur Tagesordnung

Herr Eichner bat um das Vorziehen des TOP Ö11 nach TOP Ö1 (wird dementsprechend TOP Ö2). Dem stimmten die Anwesenden zu.

Herr Kenssi bat um das Vorziehen des TOP Ö12 nach TOP Ö1 (wird dementsprechend TOP Ö3). Dem stimmten die Anwesenden zu.

Herr Schimang bat um das gemeinsame Debattieren der TOP Ö13 und Ö14. Die Antragstellerin der Fraktion die Grünen befürwortete dies. Die Anwesenden stimmten dem zu.

Einwohnerfragestunde

Herr Vorsitzender Wannhof rief um 17:30 Uhr zur Einwohnerfragestunde auf. Wortmeldungen ergaben sich keine.

1 Befangenheitserklärungen

Herr Krambrock erklärte sich für den TOP Ö10 als befangen.
Herr Wagner und Frau Schmidt erklärten sich für den TOP Ö9 als befangen.
Frau von der Heiden erklärte sich zu dem TOP Ö19 als befangen.

2 Beschlusskontrolle JHA, Stand: September 2022

WP 20-25 SV 51/173

Der Jugendhilfeausschuss nahm die Beschlusskontrolle zur Kenntnis.

3 Sachstandsbericht Psychologische Beratung Präventionsarbeit 2022

WP 20-25 SV 51/157

Herr Schimang fragte nach dem Stand der Schutzkonzepte durch die Schulen.
Herr Topp berichtete, dass diese sich zur Prüfung bei der Schulaufsicht befänden. Terminiert seien diese für Ende 2022. Er schätzte jedoch eine Fertigstellung erst binnen der nächsten zwei Jahre.

Frau Gronemeyer hinterfragte die Einstellung der auf Seite 2 erwähnten 50 %-Stelle. Herr Topp erklärte, dass es eine Zusage gab, diese jedoch wieder abgesagt wurde. Man sei nun im zweiten Durchlauf der Bewerbungen. Sollte auch dieser nicht erfolgreich sein, würde im April 2023 eine weitere 50 %-Stelle innerhalb der psychologischen Beratungsstelle frei, so dass man dann eine ganze Stelle ausschreiben könne.

Frau Schmidt fragte nach perspektivischen Angeboten zur Medienpädagogik. Herr Topp bestätigte dies aufgrund der engen Zusammenarbeit mit der Kriminalpolizei.

Der Jugendhilfeausschuss nahm den Sachstandsbericht der Psychologischen Beratungsstelle zur Präventionsarbeit 2022 zur Kenntnis.

4 Sachstandsmitteilung Soziale Dienste

WP 20-25 SV 51/164

Herr Schimang fragte, ob sich die in der Sitzungsvorlage genannten Kosten auf die 22 Fälle insgesamt oder auf die 9 (8) ukrainischen Fälle beziehen würden. Zudem hinterfragte er den Umfang der genannten zusätzlichen Stellenanteile.

Frau Paas erläuterte, dass sich die Summe auf alle 22 Fälle beziehen würde. Zudem bestätigte Sie eine geplante 50 %-Stelle zusammen mit der Jugendförderung.

Der Jugendhilfeausschuss nahm die Sachstandsmitteilung der Sozialen Dienste zur Kenntnis.

Herr Filatov fragte nach der Summe an Adoptionen von ukrainischen Waisenkindern in 2022. Frau Pahlke erläuterte, dass es im März zwar viele Anfragen gab, es jedoch zu keiner Beratungssituation mit Bürgern kam, da es aufgrund der Sondersituation letztlich keine Option war, diese Kinder aufzunehmen.

Frau Gronemeyer fragte, wie sich die Personalsituation im Stellwerk ändern wird.

Frau Voß beantwortet die Frage damit, dass das Stellwerk und das Seniorenbüro zusammengelegt würde und sich deshalb personell in keine Richtung Änderungen ergäben.

Der Jugendhilfeausschuss nahm den Sachstandsbericht für die Fachdienste des Sachgebietes Soziale Dienste zur Kenntnis.

Herr Filatov fragte nach dem Verbleib der Trainingswohnungen für junge erwachsene Obdachlose. Herr Wagner erklärte, dass diese nicht nur für junge Erwachsene konzipiert waren, sondern für alle Obdachlosen. Er erhoffe sich, erneut eine Trainingswohnung zu erhalten.

Herr Eichner berichtete, dass der Sozialausschuss bereits zu diesem Thema beraten und die Zusage zu einer Trainingswohnung gegeben habe. Man müsse nun in die Konzepterstellung gehen, da hiermit auch personelle Veränderungen verbunden seien.

Frau Voß ergänzte, dass die personellen Ressourcen bereits in der zuvor angesprochenen 50 %-Stelle berücksichtigt seien. Man informiere den Ausschuss weiterhin zu dem Prozess.

Der Jugendhilfeausschuss nahm die Ausführungen der Verwaltung zum Sachstandsbericht Obdachlosenangelegenheiten zur Kenntnis.

Herr Schimang hinterfragte die fachlichen Voraussetzungen für die Wahrnehmung der Fälle in der Psychologischen Beratungsstelle.

Frau Voß erklärte, dass die Aufgaben in eine bestehende Stelle integriert werden sollen. Die Stellenanteile seien bisher in der Beistandschaft verankert. Der Fokus würde auf eine sozialpädagogische Kraft gesetzt. Eine Interessentin gäbe es bereits.

Der Jugendhilfeausschuss nahm die Sitzungsvorlage zur Umsetzung der Vormundschaftsreform zum 01.01.2023 zur Kenntnis.

Beschlussvorschlag:

1. Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung des Jugendhilfeausschusses, den Übergangskontrakt mit der Evangelischen Kirchengemeinde über den Betrieb der Kinder- und Jugendeinrichtung SonderBar für die Zeit vom 01.01.2023 bis 31.12.2023.

2. Der Rat der Stadt Hilden beauftragt die Verwaltung weiter mit den Trägern die finale Ausgestaltung der Kontrakte bis zum 30.06.2023 abzustimmen. Die Kontrakte sollen ab dem 01.01.2024 bis zum 30.06.2026 gelten.
3. Der Rat der Stadt Hilden ermächtigt die Verwaltung bei Bedarf die Anlage C - Struktur und Zielvereinbarung - in Abstimmung mit dem Träger anzupassen. Der Jugendhilfeausschuss wird über erfolgte Anpassungen im Rahmen des jährlichen Jugend- und Familienberichtes informiert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

9 Neufassung des Kontraktes mit der SPE Mühle über den Betrieb des Jugendclubs

WP 20-25 SV 51/169

Es wurde auf einen Tippfehler im Beschlussvorschlag hingewiesen. Zu streichen ist die Bezeichnung „Kirchengemeinde“ hinter dem Namen der SPE Mühle e.V..

Beschlussvorschlag alt:

4. Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung des Jugendhilfeausschusses, den Übergangskontrakt mit der SPE Mühle e.V. Kirchengemeinde über den Betrieb des Jugendclubs für die Zeit vom 01.01.2023 bis 31.12.2023.
5. Der Rat der Stadt Hilden beauftragt die Verwaltung weiter mit den Trägern die finale Ausgestaltung der Kontrakte bis zum 30.06.2023 abzustimmen. Die Kontrakte sollen ab dem 01.01.2024 bis zum 30.06.2026 gelten.
6. Der Rat der Stadt Hilden ermächtigt die Verwaltung bei Bedarf die Anlage C - Struktur und Zielvereinbarung - in Abstimmung mit dem Träger anzupassen. Der Jugendhilfeausschuss wird über erfolgte Anpassungen im Rahmen des jährlichen Jugend- und Familienberichtes informiert.

Beschlussvorschlag neu:

1. Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung des Jugendhilfeausschusses, den Übergangskontrakt mit der SPE Mühle e.V. ~~Kirchengemeinde~~ über den Betrieb des Jugendclubs für die Zeit vom 01.01.2023 bis 31.12.2023.
2. Der Rat der Stadt Hilden beauftragt die Verwaltung weiter mit den Trägern die finale Ausgestaltung der Kontrakte bis zum 30.06.2023 abzustimmen. Die Kontrakte sollen ab dem 01.01.2024 bis zum 30.06.2026 gelten.
3. Der Rat der Stadt Hilden ermächtigt die Verwaltung bei Bedarf die Anlage C - Struktur und Zielvereinbarung - in Abstimmung mit dem Träger anzupassen. Der Jugendhilfeausschuss wird über erfolgte Anpassungen im Rahmen des jährlichen Jugend- und Familienberichtes informiert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Beschlussvorschlag:

7. Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung des Jugendhilfeausschusses den Übergangskontrakt mit der Freizeitgemeinschaft Hilden über den Betrieb des Abenteuerspielplatzes für die Zeit vom 01.01.2023 bis 31.12.2023.
8. Der Rat der Stadt Hilden beauftragt die Verwaltung weiter mit allen Trägern die finale Ausgestaltung der Kontrakte bis zum 30.06.2023 abzustimmen. Die Kontrakte sollen ab dem 01.01.2024 bis zum 30.06.2026 gelten.
9. Der Rat der Stadt Hilden ermächtigt die Verwaltung bei Bedarf die Anlage C - Struktur und Zielvereinbarung - in Abstimmung mit dem Träger anzupassen. Der Jugendhilfeausschuss wird über erfolgte Anpassungen im Rahmen des jährlichen Jugend- und Familienberichtes informiert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Der Bericht wurde bereits unter TOP Ö2 beraten und abgestimmt.

Herr Eichner erklärte den Werdegang des Konzeptes zum Area 51. Das neue Konzept soll im Sommer 2023 greifen. Hierzu gab es bereits diverse Arbeitskreise. Er stellte Frau Schorn als Leiterin der Arbeitsstelle Kulturelle Bildung NRW vor, die das Konzept näher vorstellte.

Frau Schorn berichtete, dass die Arbeitsstelle Kulturelle Bildung NRW durch das Schulministerium, Kulturministerium und Jugendministerium gefördert würde. Das Area 51 sei zunächst in der Frage nach der Zukunft des Area 51 auf sie zugekommen, anschließend die Stadtverwaltung. Das Konzept zur Zukunft des Area 51 wurde durch das Team des Area 51 und die Verwaltung erstellt und durch die Arbeitsstelle Kulturelle Bildung NRW unterstützt. Sie stellte die vier Handlungsempfehlungen vor:

1. Empfehlung: Beteiligungsorientierung (Jugendliche wollen an Entscheidungen beteiligt werden).
2. Empfehlung: Das Area 51 soll als Jugendeinrichtung weiter profiliert werden.
3. Empfehlung: Multiprofessionalität des Teams des Area 51 durch Einstellung einer Fachkraft (KulturpädagogIn) verstärken
4. Empfehlung: Sobald das Area 51 als Plattform weiterentwickelt wurde, sollte infolgedessen ein kommunales Gesamtkonzept zur kulturellen Bildung in Hilden entwickelt werden

Frau Gronemeyer bedankte sich im Namen der Fraktion die Grünen bei der Verwaltung und erhoffte sich die Umsetzung des Konzeptes.

Herr Siedentopp von der BA stellte die Frage, ob das Area 51 weiterhin eine Einrichtung bliebe, die durch die Jugendlichen täglich besucht werden könne.

Frau Giesler erklärte, dass dies aufgrund der Personalausstattung derzeit nicht in vollem Umfang möglich sei. Zudem wünschten sich die Jugendlichen vermehrt Events an den Wochenenden. Hier müsse geschaut werden, wie dies personell gestaltbar ist.

Herr Eichner berichtete, dass die SPD einen Antrag auf Einstellung einer kulturpädagogischen Fachkraft in der kommenden Sitzung am 25.11.2022 im Ausschuss für Kultur und Heimatpflege gestellt habe.

Frau Roth bat die Verwaltung um Zusicherung inklusiver Projekte.
Die Verwaltung sicherte dies zu.

Frau Gronemeyer bat um Ergänzung des Beschlussvorschlages um die Empfehlung des JHA zur Einstellung der kulturpädagogischen Fachkraft.

Herr Wannhof ergänzte den Beschlussvorschlag um den Satz „In diesem Zusammenhang empfiehlt der JHA des entsprechenden Gremien die Einstellung der vorgeschlagenen Fachkraft“.

Beschlussvorschlag alt:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zur Weiterentwicklung des AREA 51 als offene Einrichtung der Kinder- und Jugendkulturarbeit im Kontext eines gesamtstädtischen Konzeptes kulturelle Bildung zustimmend zu Kenntnis und beauftragt die Verwaltung vorbehaltlich der Mittelbereitstellung über die Änderungsliste mit der Umsetzung des Konzeptes „AREA 51 - Offene Einrichtung der Kinder- und Kulturarbeit“.

Beschlussvorschlag neu:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zur Weiterentwicklung des AREA 51 als offene Einrichtung der Kinder- und Jugendkulturarbeit im Kontext eines gesamtstädtischen Konzeptes kulturelle Bildung zustimmend zu Kenntnis und beauftragt die Verwaltung vorbehaltlich der Mittelbereitstellung über die Änderungsliste mit der Umsetzung des Konzeptes „AREA 51 - Offene Einrichtung der Kinder- und Kulturarbeit“.

In diesem Zusammenhang empfiehlt der JHA des entsprechenden Gremien die Einstellung der vorgeschlagenen Fachkraft.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

12 Anschaffung der BeratungsApp "Between the Lines" auf Antrag
des Jugendparlamentes

WP 20-25 SV 51/175

Der Tagesordnungspunkt wurde bereits unter TOP Ö3 beraten und abgestimmt.

Herr Kenssi betonte die Wichtigkeit der Anschaffung der App im Namen des Jugendparlamentes.

Herr Kröger, Mitgründer und Vorstand der Between The Lines gGmbH, stellte sich als Ansprechpartner für die App vor.

Herr Siedentopp hinterfragte die Laufzeit des Vertrages, welche Herr Kröger als mindestens ein Jahr inklusive beiderseitiger Ausstiegsmöglichkeiten beantwortete.

Frau Gronemeyer begrüßte die App im Namen der Fraktion der Grünen, berichtete jedoch von Bedenken in Bezug auf die Datensicherheit und den Haftungsausschluss seitens der Stadt Hilden.

Herr Kröger berichtete, dass die Between The Lines gGmbH der deutschen Datenschutzverordnung unterstellt sei und diese auch erfülle. Zudem sei der Haftungsausschluss vertraglich geregelt.

Herr Filatov berichtete, dass die CDU Fraktion des Kreises mehrheitlich beschlossen habe, die App abzulehnen. Es wären bei Nutzung der App 20 Cookies generiert worden. Man warte auf Erstellung einer eigenen angekündigten App durch den Kreis Mettmann. Deshalb würde sich auch

die hiesige CDU Fraktion gegen die App ausprechen und den Beschluss ablehnen.

Frau Bauer sprach sich im Namen der SPD Fraktion für die Nutzung der App aus und bat um einen Zwischenbericht im JHA, sofern die Umsetzung erfolgt.

Herr Kohl fragte nach Prüfung durch eine externe Firma hinsichtlich des Datenschutzes, was durch Herrn Kröger erst für 2023 zugesagt wurde. Herr Kröger betonte zudem, dass die Generierung der 20 Cookies mittlerweile überarbeitet wurde und nicht mehr erfolge.

Herr Gerbl befürwortete im Namen der FDP Fraktion die App und sprach seine Bedenken zur Lösung des Kreises aus.

Herr Filatov richtete den Fokus auf die Kosten der App (10.000,00 Euro) und bat die Verwaltung um Erkundung, wie die Implementierung in anderen Kommunen des Kreises gehandhabt wird.

Herr Kröger stellte klar, dass die Vorstellung der App beim Kreis Mettmann bereits mehrere Monate zurück läge und die damaligen Kritikpunkte mittlerweile ausgeräumt seien. Zudem berichtete er, dass man mit Bund und Land im Austausch sei und auf eine bundesweite Skalierung der App hoffe. Zudem gäbe es bereits angedachte Modelle der Teilfinanzierung durch das Land NRW.

Frau Gronemeyer berichtete Herrn Kröger, dass die App auch noch am 29.9.2022 im Gesundheitsausschusses des Kreises thematisiert wurde und es hier weiterhin Bedenken bezüglich des Datenschutzes gegeben habe.

Herr Koch, ebenfalls Mitglied des Gesundheitsausschusses des Kreises, berichtete, dass die Bedenken hinsichtlich der App anderer Natur gewesen seien. Es handelte sich um Bedenken hinsichtlich der Auffindbarkeit, Wirksamkeit und Bedienung der App. Es bliebe zudem nicht bei den Anschaffungskosten, sondern ziehe hohe Folgekosten hinsichtlich der Pflege nach sich.

Herr Siedentopp sprach sich für eine einjährige Testung aus.

Herr Topp befürwortete als Leiter der Psychologischen Beratungsstelle für Hilden und Haan ausdrücklich die App. Er begründete dies mit der niederschweligen Erreichbarkeit. Eine Kreislösung müsse erst entwickelt werden. Die App sei bereits über neun Jahre entwickelt und in Düsseldorf erfolgreich im Einsatz.

Herr Kenssi betonte die zeitliche Dringlichkeit. Nachdem die Jugendlichen zwei Krisen durchleben mussten und müssen (Corona-Krise und Krieg in Europa) hätten viele Studenten und Schüler psychische Probleme.

Herr Filantov stellte im Namen der CDU Fraktion den Antrag auf Vertagung der Entscheidung, damit die Verwaltung sich in anderen kreisangehörigen Kommunen zur Nutzung der App erkundigen könne.

Die Vertagung wurde mehrheitlich abgelehnt (5 Stimmen dafür, 8 dagegen).

Beschlussvorschlag:

10. Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Hilden empfiehlt dem Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen den Mehraufwand von 7.000€ im Produkt 060201 zur Einführung der Beratungs-App „Between The Lines“ über einen Änderungsantrag zum Haushalt für zusätzliche Mittel und zum anschließenden Beschluss durch den Rat der Stadt Hilden.
11. Die Verwaltung wird anschließend beauftragt, vorbehaltlich der Mittelbereitstellung über die Änderungsliste, gemeinsam mit dem Jugendparlament und dem Anbieter der App die finale Anschaffung, Ausgestaltung und Einführung der App durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Mit 8 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich beschlossen

13 Frühe Hilfen - Sachstand und Finanzierungsbedarf

WP 20-25 SV 51/177

Gemäß beantragter Änderungen zur Tagesordnung werden der TOP Ö13 und Ö14 gemeinsam debattiert.

Frau Gronemeyer hinterfragte den durch die Verwaltung beantragten Finanzierungsbedarf von 17.000,00 Euro statt der laut Berechnung benötigten 25.000,00 Euro und bat um Zustimmung zu dem Antrag der Fraktion der Grünen über die Finanzierung der fehlenden 8.000,00 Euro.

Herr Eichner begründete die 17.000,000 Euro als Kompromisslösung vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltssituation der Stadt Hilden.

Frau Schmidt sprach sich ebenfalls für die benötigten 25.000,00 Euro und somit für den Antrag der Fraktion der Grünen aus. Durch Frühe Hilfen könnten spätere höhere Kosten verhindert werden.

Herr Schimang befürwortete im Namen der CDU Fraktion die beantragten 17.000,00 Euro und sprach sich gegen den Antrag der Grünen aus. Ebenso argumentierte Frau Bauer für die SPD Fraktion.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss und im Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen die finanzielle Aufstockung der Frühen Hilfen um zusätzliche 17.000€ auf insgesamt 42.000€ für die Haushaltsjahre 2023 bis 2026 über einen Änderungsantrag zum Haushalt für zusätzliche Mittel.

Abstimmungsergebnis:

Siehe TOP Ö 14

14 Antrag zum Haushalt 2023 Bündnis 90/Die Grünen: Frühe Hilfen

WP 20-25 SV 51/187

Antragstext:

Die Verwaltung wird beauftragt, die finanziellen Mittel für die Frühen Hilfen der Hebammen und Kinderkrankenschwestern zu verdoppeln und im Umfang an die Bedarfssituation anzupassen.

Erläuterung zum Antrag:

Im aktuellen Familienbericht betont die Verwaltung, dass ... „die gesamtstädtischen Präventionsketten von der Schwangerschaft bis zur Verselbständigung noch stärker aufeinander abzustimmen sind...“.

Die Struktur der Frühen Hilfen bildet das erste Glied dieser Kette und erreicht Familien in schwierigen Lebenslagen bereits ab der Schwangerschaft.

Sie kann Kontakte anbahnen, Vertrauen aufbauen und konkrete Unterstützung leisten. Damit können tragische Entwicklungen frühzeitig abgewendet werden, somit Kosten für eventuell später notwendige Interventionen gespart werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit 7 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen beschlossen

Frau Walder erläuterte die Ausführungen der Verwaltung. Sie bestätigte Inklusion als ein gelebtes Konzept in Hilden. Bekanntermaßen habe Hilden jedoch massive Platzprobleme und einen Fachkräftemangel. Demnach könnten hier keine zusätzlichen Plätze geboten werden.

Herr Schimang bestätigte, dass in der Verwaltung das Bewusstsein für die notwendige Versorgung der Inklusionskinder vorhanden sei. Der Platz- und Fachkräftemangel sei an dieser Stelle jedoch nicht lösbar.

Frau Roth begrüßte den Antrag der Fraktion der Grünen und schlug vor, dem Kreis Mettmann zu signalisieren, dass es einen höheren Bedarf an heilpädagogischen Gruppen gäbe.

Antragstext:

Betreuungsplätze für behinderte Kinder unter 3 Jahren.

Erläuterung zum Antrag:

Viele Eltern in Hilden suchen für ihre Kinder unter 3 Jahren Betreuungsplätze.

Dies gilt auch für Eltern, deren Kinder Beeinträchtigungen aufweisen. Eben diese Familien sollten in städtischen Kitas gleichberechtigt die Möglichkeit erhalten, die vorhandenen Angebote zu nutzen. Dies unterstützt auch für diese Familien die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Außerdem wird hierdurch die Grundlage geschaffen für ein inklusives soziales Miteinander von Anfang an.

Abstimmungsergebnis:

Antrag nur appellativ - keine Abstimmung notwendig

Frau Gronemeyer erläuterte zum Antrag der Fraktion der Grünen, dass dieser auf die Ferienmaßnahmen in den Sommerferien abzielte. Alltagshelfer der Schulen sollten für nichtschulische Veranstaltungen genutzt werden.

Frau Giesler betonte, dass die Betreuungsangebote der Grundschulen für alle Kinder offen seien und auch inklusive Kinder daran teilnahmen.

Herr Krambrock bestätigte, dass inklusive Kinder nie abgewiesen worden seien, jedoch könne man die Fachkräfte nicht für außerschulische Maßnahmen beschäftigen.

Frau Gronemeyer bittet die Verwaltung, die Ferienangebote aktiv auch für inklusive Kinder zu bewerben, was ihr durch Frau Giesler zugesagt wurde. Eine Reservierung von Plätzen exklusiv für inklusive Kinder erachtete sie jedoch als schwierig, da die Konzepte allen gerecht werden müssten und man die unterschiedlichen Bedürfnisse schwierig gerecht regeln könne.

Frau Roth machte auf die Problematik aufmerksam, dass inklusive Kinder oft auch im Alter der weiterführenden Schulen in den Ferien betreut werden müssten.

Frau Giesler wies auf die Ferienangebote der Kinder- und Jugendförderung hin, welche sich teilweise an Kinder bis 18 Jahre richten.

Herr Wannhof bat Frau Giesler die Ferienprogramme in der nächsten JHA Sitzung vorzustellen.

Antragstext:

Ferienaktionen auch für Kinder mit Behinderungen Die Verwaltung wird beauftragt, bei allen städtischen Ferienaktionen für Kinder, auch Plätze für Kinder mit Behinderungen mit dem zu erforderlichen Personal einzuplanen. Diese Plätze sollen aktiv beworben werden, damit die betroffenen Familien davon erfahren und das Angebot nutzen können.

Erläuterungen zum Antrag:

Inklusion ist im schulischen Bereich zu einem wichtigen Anliegen geworden. Es ist aber genauso wichtig, für Kinder mit Beeinträchtigungen auch im außerschulischen Raum Möglichkeiten zu schaffen, z.B. in den Ferien gemeinsam mit nicht behinderten Kindern neue Erfahrungen zu machen, Anregungen zu erhalten und unbeschwert Spaß miteinander zu haben. Außerdem dient ein solches Angebot auch den berufstätigen Eltern dieser Kinder dazu, während der Ferienzeit weiterhin ihrer Arbeit nachgehen zu können, ohne eine sechswöchige Alternativ – Betreuung organisieren zu müssen.

Abstimmungsergebnis:

Antrag nur appellativ - keine Abstimmung notwendig.

17 Antrag zum Haushalt 2023 Bündnis 90/Die Grünen: Jugendzentren im Hildener Osten und Westen

WP 20-25 SV III/022

Frau Gronemeyer erklärte den Antrag der Grünen Fraktion nicht als Wunsch zur Errichtung neuer Gebäude als Jugendzentren, sondern als Wunsch, in bereits bestehenden städtischen Gebäuden (Kitas/Schulen) Räume für Jugendliche zur Verfügung zu stellen. Laut Familienbericht lebten 1500 Jugendliche im Hildener Osten und Westen, die Räume zum Aufenthalt benötigten und nicht in bestehende Jugendzentren kämen.

Frau Bauer erklärte, dass die SPD Fraktion den Antrag ablehnen werde, da jüngste Befragungen gezeigt hätten, dass Kinder und Jugendliche mobil seien und deshalb bestehende Einrichtungen in anderen Stadtteilen nutzen könnten.

Herr Filantov schloss sich im Namen der CDU Fraktion der SPD an.

Herr Kenssi bemerkte, dass die beantragte Form der Aufenthaltsmöglichkeiten für Jugendliche nicht mehr zeitgemäß sei.

Frau Schmidt sprach sich für den Antrag aus, da insbesondere benachteiligte Kinder und Jugendliche nicht mobil seien.

Antragstext:

Jugendzentren im Hildener Osten und Westen

Die Verwaltung wird beauftragt, im Hildener Osten und im Hildener Westen Räumlichkeiten zu schaffen, sowie eine Konzeption dafür zu entwickeln, damit sich Kinder und Jugendliche in ihrem Stadtteil treffen können, fachkundige Anregung erfahren und Unterstützung bei der Umsetzung eigener Ideen erhalten.

Erläuterungen zum Antrag:

Die beiden Stadtteile Hilden Ost und Hilden West zählen zu den kleineren Stadtteilen.

Laut Familienbericht leben dort rund 1500 Kinder und Jugendliche, was prozentual dem Stadtdurchschnitt entspricht.

Leider gibt es dort aber keine Räumlichkeiten, in denen Kinder und Jugendliche zusammenkommen können, um mit Gleichaltrigen zu spielen, sich auszutauschen und eigene Ideen entwickeln und ausprobieren können. Das bedeutet, dass die jungen Menschen dort benachteiligt sind hinsichtlich ihrer Entwicklungschancen gegenüber ihren Altersgenoss*innen in den anderen Stadtteilen.

Die Erwachsenen beklagen oft, dass junge Menschen zu viel Zeit einzeln vor dem Bildschirm verbringen. Jugendtreffs können auch hierfür ein attraktives Gegengewicht bilden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit 7 Nein-Stimmen, 4 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt

18 Antrag zum Haushalt 2023 Allianz für Hilden: Antrag Bau einer
BMX Strecke W2 Reisholzstraße

WP 20-25 SV 51/189

Antragstext:

Die Allianz für Hilden beantragt die derzeit gesperrte und zurückgebaute BMX-Bahn bzw. Mountainbike-/Dirt-Bike-Strecke an der Reisholzstraße für Kinder und Jugendlichen als zusätzliches Freizeitangebot wieder herzustellen und im nächsten Haushalt Mittel für die längst überfällige Umsetzung des Projektes bereitzustellen.

Mit relativ geringem Aufwand und ein paar kleineren Investitionen kann man die vorhandene Anlage ganz entscheidend aufwerten.

Bei allen Ideen, Veränderungen, aber auch bei allen anfallenden Arbeiten sollten in jedem Falle die Benutzer der Anlage mit einbezogen werden.

Erläuterungen zum Antrag:

Der Wunsch nach einer solchen Bahn wurde bereits vor mehreren Jahren von Jugendlichen an die Jugendförderung herangetragen.

Das Dirt-Bike-Fahren ist bei Kindern und Jugendlichen eine beliebte Variante des Radsports, die immer populärer wird. Beim Dirt-Biken wird ähnlich wie in einem Skaterpark mit BMX-Rädern oder Mountainbikes über Erdhügel gesprungen.

Eine solche Strecke fördert Bewegung, Koordination und Ausdauer an der frischen Luft und es entsteht ein realer Treffpunkt für soziale Kontakte außerhalb von WhatsApp und anderen sozialen Medien.

Gerade nach der Corona-Pandemie ist es erwiesenermaßen für Kinder und Jugendliche wichtig, sich an der frischen Luft zu bewegen, soziale Kontakte zu knüpfen und sich in ihrer Altersgruppe zu engagieren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

19 Antrag zum Haushalt 2023 IG KTP-Hilden e. V. : Antrag Energie u.
Heizkosten.pdf

WP 20-25 SV 51/190

Frau Bauer fragte nach den zu erwartenden Mehrkosten für die Kindertagespflegepersonen.

Herr Wannhof wies darauf hin, dass Verständnisfragen auch von befangenen Personen beantwortet werden können.

Frau von der Heiden beantwortete die Frage damit, dass die zu erwartenden Kosten nicht klar kalkulierbar seien. Gemäß Rücksprache u.a. mit den Stadtwerken könne mit bis zu einer Verdreifachung der Energiekosten gerechnet werden.

Frau Walder wies darauf hin, dass eine wie in der Sitzungsvorlage erwähnte Pauschale von 300,00 Euro pro Kindertagespflegeperson von der Stadt Hilden aus dem laufenden Haushalt gezahlt werden könne.

Nach kurzer Debatte wurde der Antragstext deshalb einstimmig entsprechend abgeändert.

Geänderter Antragstext:

Der JHA beschließt, aufgrund der gestiegenen Energiekosten jeder in Hilden tätigen Kindertagespflegeperson noch im Haushaltsjahr 2022 eine Pauschale von 300,00 Euro zu gewähren.

Ursprünglicher Antragstext:

hiermit beantragen wir für die kommende Heizperiode (01.10.22-30.04.2023) einen Zuschuss zu den Energie-/Heizkosten für Kindertagespflegepersonen mit Pflegeurlaubnis der Stadt Hilden.

Erläuterungen zum Antrag:

Die Preise für die EndverbraucherInnen von u. a. Erdgas haben sich gegenüber dem Vorjahr verdreifacht; Heizöl und Strompreise sind überproportional angestiegen.

Die Preisexplosion bedeutet nicht nur hohe Nachzahlungen, sondern auch enorm gestiegene laufende Unterhaltskosten einer Kindertagespflegestelle.

Der Wirtschaftsminister ruft Wirtschaft und Verbraucher zum Gassparen auf. Ausgenommen von den Regelungen sind laut Energieeinsparverordnung Krankenhäuser, Pflegeheime, Behinderteneinrichtungen, Schulen und Kitas -also Einrichtungen, in denen höhere Lufttemperaturen wichtig sind für die "Gesundheit der sich dort aufhaltenden Personen", wie es im Wirtschaftsministerium heißt. Die DGUV empfiehlt in ihren Richtlinien eine Raumtemperatur von mindestens 20' C. Für Kleinkinder 21'C - 22C. Dementsprechend dürfen Kindertagespflegepersonen die Raumtemperatur nicht absenken.

In diesem Zusammenhang zusätzlich erschwerend machen wir auf die gängigen Hygiene- und Infektionsschutzempfehlungen aufmerksam, welche insbesondere auf regelmäßiges Querlüften (ca. alle 30 Minuten!) als probates Mittel gegen eine Infektion und für die Aufrechterhaltung des Betreuungsbetriebes zielen. Die Erfahrungen aus den letzten zwei Wintern zeigen, dass die Raumtemperatur dadurch regelmäßig erheblich abfällt und hier nur durch eine erhöhte Heizleistung gegengesteuert werden kann.

Zudem erinnern wir an die seitens Bund und Land empfohlenen Lüftungsanlagen, die einen hohen Mehraufwand an Strom benötigen. Wer diese nicht hat einbauen lassen (können), hat sich häufig mit mobilen Geräten beholfen, die ganztägig für ein virenfreies Raumklima sorgen, zum Preis eines deutlich erhöhten Stromverbrauchs.

Das Land NRW untersagt in Kindertagespflege per Kinderbildungsgesetz eine private Zuzahlung der Eltern, in dem seitens der Kommune erhobenen Elternbeitrag sind keine Abschläge für Heiz- und Energiekosten enthalten. Kindertagespflegepersonen müssen zum Wohlergehen der betreuten Kinder die gestiegenen Strom- und Heizkosten nun aus der laufenden Geldleistung stemmen; der seitens der Stadt festgelegte Sachaufwand ist für eine solche Preiseskalation nicht ausgelegt. Diese Mehrkosten stehen einzig und allein im Zusammenhang mit der Betreuung. Dies ist für viele Kindertagespflegepersonen kaum tragbar, da der Sachaufwand der laufenden Geldleistung die erhöhten Aufwendungen nicht auffangen kann. Dies wird unter Umständen zu Schließungen und somit einem Verlust von Betreuungsplätzen in Hilden führen.

Die IG KTP- Hilden e.V. beantragt somit, dass in Hilden betriebene Kindertagespflegen auf Antrag ein der derzeitigen Kostensteigerung entsprechender monatlicher Zuschuss pro bewilligtem Platz laut Pflegeerlaubnis gewährt wird, welcher sich zunächst auf die Heizperiode 22/23 beziehen sollte. Zur Entlastung erlauben wir uns, ein entsprechendes vereinfachtes Antragsformular diesem Antrag zuzufügen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen

20 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

Herr Eichner teilte mit, dass dem JHA die Wahl einer/eines neuen stellvertretenden Vorsitzenden bevorstehe. Er bittet um interne Abstimmung in den Fraktionen, um eine mögliche Nachfolge zu benennen.

Herr Kenssi teilte mit, dass es sich am hiesigen Tag um seine nunmehr letzte Sitzung im JHA handele, da er aufgrund seiner Volljährigkeit aus dem Jugendparlament ausscheide. Der Vorsitzende bedankte sich im Namen aller Mitglieder bei Herrn Kenssi.

21 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Frau Gronemeyer von der Fraktion der Grünen hinterfragte die Zeiten der Notfallnummer des Allgemeinen Sozialen Dienstes, insbesondere die Angabe einer Telefonnummer aus Kaarst außerhalb der Dienstzeiten. Frau Paas erläuterte, dass es sich um eine Kooperation mit der Stadt Kaarst handele. Trotzdem sei immer ein Notfalldienst der Stadt Hilden eingerichtet, der dann von der Stadt Kaarst informiert wird.

Herr Kenssi stellte den Antrag auf Rede- und Antragsrecht des Jugendparlamentes für alle Fachausschüsse. Der Antrag ist dem Protokoll beigelegt.

Ende der Sitzung: 19:48 Uhr

Carsten Wannhof / Datum
Vorsitzender

Sonja Weißer / Datum
Schriftführer/in

Gesehen:

Dr. Claus Pommer / Datum
Bürgermeister

Sönke Eichner / Datum
Beigeordneter